

Kurzinformationen

zusammengestellt von Michael Mertsch und Walter Keller

Der Konflikt im Norden und Osten

Eine politische Lösung des sogenannten Volksgruppenkonflikts und eine Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen zwischen den srilankischen Sicherheitskräften und den 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) ist nicht abzusehen. Während der vergangenen Wochen ist es immer wieder zu schweren Kämpfen vor allem in den nördlichen Distrikten Jaffna, Kilinochchi, Vavuniya, Mannar und Mullaitivu gekommen. Und auch im Osten und Nordosten ist die Lage alles andere als ruhig. Mitte Januar wurde im Nordosten ein mit Fahrgästen voll besetzter Bus, der zwischen Padaviya und Anuradhapura unterwegs war, in die Luft gejagt. Mindestens zehn Menschen kamen dabei ums Leben, über 30 wurden verletzt.

Bei den Kämpfen im Norden haben die Regierungstruppen zum Teil schwere Niederlagen einstecken müssen. Sie waren auch Auslöser für den Rücktritt des Oberbefehlshaber der Armee, Cecil Waidyaratne. Der neue Kommandeur, General Gerry de Silva, hat bei seinem Amtsantritt betont, er werde dafür sorgen, daß die Truppen besser ausgebildet würden. Außerdem werde er sich für einige strukturelle Veränderungen innerhalb der Armee einsetzen. "Regierung und Bevölkerung sind mit den Streitkräften und vertrauen ihnen bei ihrem Kampf gegen die Separatisten und für das Vaterland." Wie Anfang Januar verlautete, sollen innerhalb der nächsten Wochen weitere 10.000 Soldaten im Kampf gegen die LTTE einsatzbereit sein.

Inoffiziellen Angaben zufolge sollen zwischen August und Dezember 1993 bei Kämpfen über 2.000 Regierungssoldaten und Kämpferinnen und Kämpfer der LTTE getötet worden sein. Außer den Kombattanten sind im Verlauf der jüngsten militärischen Auseinandersetzungen auch zahlreiche tamilische Zivilisten ums Leben gekommen - Männer, Frauen und auch Kinder. So z.B. durch willkürliche Luftangriffe auf tamilische Siedlungsgebiete oder durch Beschuß von Fischerbooten. Die schlimmsten Übergriffe auf zivile/religiöse Einrichtungen ereigneten sich Mitte November 1993 als Luftangriffe auf eine Kir-

che im Jaffna Ortsteil Gurunagar und auf das Krankenhaus in Kilinochchi geflogen wurden. Der Luftangriff auf eine kath. Kirche in Gurunagar ereignete sich am 13. November. Sie wurde durch gezielte Bombenabwürfe der srilankischen Luftwaffe vollkommen zerstört; zahlreiche Menschen fanden dabei den Tod. In einem Schreiben des katholischen Bischofs von Jaffna, Rev. Dr. Thomas Savundaranyagam an Präsidenten D.B. Wijetunga heißt es u.a.: "... *Of the two supersonic jets flying over the Town one dived suddenly above the Church and released two heavy bombs which directly hit the main body of this big Church. Poor and helpless people filled with fear of aerial and shell attacks usually take refuge in the Church trusting that the forces will respect the sacred places of worship. The massive explosion of two heavy bombs at its centre was too much and in a split second this big an ancient Church... was a heap of rubble burying underneath several mutilated bodies and injuring seriously several who were inside the Church and in the adjoining house of the Priest... It took several hours of very hard labour to recover the largely mutilated and dead bodies. Ten are already confirmed dead and among those 30 persons seriously injured, there are elderly woman, girls and children who are still in hospital... Though the Armed Forces have expressed their intentions only to hit at 'Tiger' targets, more than often the hit has been on innocent civilians and refugees... Please instruct your Forces to abide by International Laws which respect areas of civilian population and especially sacred places of worship...*". Am 15. November 1993 wurde das Krankenhaus von Kilinochchi (südlich der Halbinsel Jaffna) von der Luftwaffe bombardiert. Dabei kamen zwei Frauen und ein Kind ums Leben, zahlreiche Schwangere, die sich zur Entbindung im Krankenhaus aufhielten sowie neugeborene Babies wurden verletzt. Die gynäkologische Abteilung des Krankenhauses wurde durch den Luftangriff stark beschädigt. Auch das allgemeine Krankenhaus in Jaffna, das durch eine 'Sicherheitszone' zusätzlich geschützt ist, wurde bombardiert.

Während die Regierung weiterhin nur ein Terrorismusproblem sieht und keinen ethnischen Konflikt, hat die LTTE ihrerseits 1994 zum Jahr des Kriegs erklärt, in dem sie ihre politischen Ziele durch militärische Siege durchsetzen will. Die oppositionelle SLFP und ihr nahestehende Parteien scheinen dagegen eine veränderte Strategie zu entwickeln. Ihre gegenwärtige Devise ist: "Kriegsführung, um das Terrorproblem zu lösen; eine politische Lösung zur Beendigung des ethnischen Konflikts". Bei der Umsetzung dieses Ziel gibt es offensichtlich aber noch genug Schwierigkeiten. Bei einer Versammlung in Nugegoda griffen die Redner wieder einmal die gegenwärtige Kriegstaktik der Regierung an, beklagten den Mangel an politischem Willen, die vorhandene Korruption und Ineffizienz als Gründe für den bisher ausgebliebenen Sieg im Kampf um den Norden Sri Lankas. Aus dieser Diagnose folgt natürlich unweigerlich die Forderung nach einem Regierungsrücktritt und einer Fortsetzung der militärischen Auseinandersetzung mit anderer Taktik. Für eine politische Lösung des ethnischen Problems bleibt dann wenig Spielraum und wenige Argumente übrig.

Massengräber entdeckt

Anfang Januar wurden in der Region von Sooriyakande im Ratnapura Distrikt mehrere Massengräber entdeckt. Die Gräber liegen innerhalb einer Sperrzone in der Nähe eines Fernsehsenders. Oppositionspolitiker und Rechtsanwälte gruben am 2. Januar insgesamt Skelette von 13 Personen aus. Skeletteile weisen auf Jugendliche hin. Auch Kleiderreste wurden gefunden. Beobachter glauben, es könnten sich bei den Skeletteilen um die Überreste einiger Jugendlicher handeln, die im Januar 1990 unter dem Verdacht, Sympathisanten der sinhalesisch-radikalen 'Janatha Vimukthi Peramuna' (JVP) zu sein, in einer 'Nacht-und-Nebel-Aktion' der Sicherheitskräfte aus ihren Häusern verschleppt wurden. Insgesamt waren damals 31 Jugendliche aus Embilipitiya entführt worden. Sie tauchten nie wieder auf und galten seither als 'verschwunden'. Das Auffinden der Massengräber und

die Hinweise auf weitere Gräber rief unterschiedliche Reaktionen hervor. So wurden die Massengräber von der staatlich gelenkten Presse als Werke der JVP hingestellt. Auch die oppositionelle 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) wurde verdächtigt. Es könne sich um ein Grab aus der '71-Zeit handeln, so die Stimmen. 1971 waren während der Regierungszeit der SLFP bei einem Jugendaufstand Tausende von Jugendlichen ums Leben gekommen. Die Oppositionsführerin und SLFP-Vorsitzende, Sirimavo Bandaranaike, hat die Verdächtigungen aufs Schärfste zurückgewiesen und die Regierung beschuldigt, für das Anlegen von Massengräbern verantwortlich zu sein. Nun würde sie auch die Untersuchungen über diese Vorfälle behindern.

Sri Lanka und die Schweiz unterzeichnen Rückführungsabkommen

Die Schweiz und Sri Lanka haben eine Vereinbarung über die koordinierte Rückführung abgewiesener Asylbewerber in den Inselstaat unterzeichnet. Den betroffenen Tamilen soll eine Rückkehr "in Sicherheit und Würde" gewährleistet werden. Vor der Anwendung sind jedoch noch praktische Fragen zu klären. Für bereits seit Jahren in der Schweiz lebende Asylsuchende werden Ausnahmeregelungen geprüft. Wie der Pressesprecher des 'Bundesamtes für Flüchtlinge' (BFF), Heinz Schöni, erläuterte, unterbreitete der srilankische Präsident die Angelegenheit, die für ihn Modellcharakter habe, dem gesamten srilankischen Kabinett. Nach den bisher veröffentlichten Auszügen aus der Vereinbarung soll die Rückführung gestaffelt, in kontrolliertem Ausmaß und in gegenseitiger Konsultation erfolgen. Sri Lanka wird Personen mit nachgewiesener Staatsangehörigkeit einreisen lassen und ihnen nach der Ankunft so schnell wie möglich die nötigen Ausweispapiere ausstellen. Die beiden Staaten ersuchen das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR), zwischen den Rückkehrern und den Vertragsparteien eine Verbindungsfunktion zu übernehmen und bei speziellen Schwierigkeiten der Betroffenen Hilfe zu leisten. Ausdrücklich wird im weiteren festgehalten, daß niemand gegen seinen Willen in "uncleared areas" zurückkehren solle, also in die besonders umkämpften Gebiete im Norden der Insel. Die Vereinbarung soll zunächst für zwei Jahre

gelten. Wann sie konkret wirksam wird, läßt sich nach Schöni frühestens Ende Januar abschätzen. Das BFF betont, daß nur Asylbewerber, die ihr Gesuch "erst vor kurzem" eingereicht und einen rechtskräftigen negativen Entscheid erhalten haben, mit der Repatriierung rechnen müssen.

Das Abkommen ist von der 'Schweizerischen Flüchtlingshilfe', die u.a. aufgrund eines Gutachtens des 'Südasiensbüro' jede Abschiebung von Tamilen abgelehnt hatte, kritisiert worden. So seien die vorgesehenen Aufnahmelager kein Ersatz für die Rückkehr in bestehende soziale Netze, wie sie auch die Asylrekurskommission als notwendig erachtet habe. Außerdem sollten solange, wie die kriegsereignisse nicht beendet sind, keine Abschiebungen stattfinden. So seien auch im Süden des Landes Übergriffe der Sicherheitskräfte, willkürliche Verhaftungen, Folter und Verschwindenlassen von Tamilen an der Tagesordnung (die Vereinbarung zwischen der Schweiz und Sri Lanka kann über das Südasiensbüro bezogen werden).

Aufruf in England zur Unterstützung der srilankischen Armee

Das über einen Zweig des regierungseigenen 'Lake House'-Verlags, Colombo, in Großbritannien kostenlos vertriebene Nachrichtenmagazin 'Newslanka' veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 11. Dezember 1993 einen Aufruf des srilankischen Verteidigungsministeriums zur Unterstützung der Polizei und der Sicherheitskräfte in Sri Lanka (siehe Abbildung auf dieser Seite). In dem Artikel heißt es, daß das Ministerium "alle zahllosen Wohlmeinenden,

Institutionen und Organisationen, die ihren Wunsch geäußert haben, die Sicherheitskräfte durch Spenden und Schenkungen von Dingen zur medizinischen Versorgung und anderen notwendigen Mitteln" bittet, Kontakt aufzunehmen. Angegeben werden die Telefonnummer des Verteidigungsministeriums in Colombo und des 'Public Relations Officer' beim Hochkommissariat von Sri Lanka "für alle in Großbritannien ansässigen Srilankaner".

UNHCR stellt Arbeit im Norden ein

In einer Pressemitteilung hat das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen mitgeteilt, daß es "mit tiefem Bedauern seine Arbeit im nördlichen Sri Lanka vorübergehend einstellen" muß. Dieses betrifft zur Zeit vor allen Dingen die Arbeit der Organisation in den Flüchtlingslagern von Madhu und Palampiddi. Die vier dort beschäftigten Mitarbeiter wurden inzwischen abgezogen. Der UNHCR begründet seine Entscheidung mit der aktuellen Sicherheitslage, die sich nach einem Vorfall am 30. Oktober eingestellt hatte. An diesem Tag war es in Folge einer Demonstration von Flüchtlingen gegen die Kürzung von Lebensmittelrationen zu Gewalttätigkeiten im Lager von Madhu gekommen. Der UNHCR beklagt, daß es unter den momentanen Bedingungen nicht mehr möglich sei, humanitäre Aufgaben ohne Gefährdung der Mitarbeiter durchzuführen. Beiden Prinzipien des UNHCR - Freiheit des Zutritts zu den Lagern und, damit eng verbunden, die Versorgung der in den Lagern lebenden Personen mit geeigneter Nahrung und anderen Versorgungsgütern -

CONTRIBUTIONS TO DEFENCE FUND

The Ministry of Defence has announced that all those who wish to assist the Security Forces by way of contributions should contact the State Secretary Defence. The Ministry said that the numerous well wishers, institutions and organisations who have expressed their keenness to assist the Security Forces and the Police by way of contributions and donations of utility items medicines and other essential requirements should contact the State Secretary, Defence. The Ministry said that he could be contacted at the defence Ministry 15/5, Baladaksha Mawatha Colombo 3. His telephone numbers are 445591 or 430860, 430879 Ext 302.

Meanwhile any Sri Lankan resident in the UK wishes to make such contributions or donations could contact the Public Relations Officer of the Sri Lanka High Commission on telephone 071-262 1841

(aus: 'Newslanka', London, 18.12.93)

könne nicht mehr entsprochen werden.

Der Abbruch der UNHCR-Aktivitäten im Norden hat tiefgreifende Folgen. Seit November 1990 bzw. September 1992 betreut der UNHCR in Madhu bzw. Palampiddi ungefähr 32.000 Personen. Von der Regierung zur Verfügung gestellte Lebensmittel werden durch die Organisation in die Lager gebracht. Gleichzeitig kümmert sie sich um die Trinkwasserversorgung und die medizinische Betreuung der Flüchtlinge. Der UNHCR hat sich auch um die aus Indien rückkehrenden Flüchtlinge gekümmert und sie teilweise bei der Rückkehr in ihre Heimatorte unterstützt.

Nachdem die Regierung in Colombo die Lebensmittelversorgung für etwa 8.000 Menschen eingestellt hat, war es zu Spannungen zwischen dem UNHCR und den Flüchtlingen gekommen. Da das Lager von Madhu sich im von der LTTE kontrollierten Gebiet befindet, besteht die Regierung auf einer Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimatorte oder in Lager, die sich in einem Gebiet befinden, daß unter Regierungskontrolle steht.

Anfang Dezember versuchte der UNHCR mit LTTE-Vertretern in Paris in Kontakt zu kommen, um eine Lösung für die Rückkehr der Mitarbeiter und die Wiederaufnahme der Arbeit zu finden. Bisher gibt es allerdings keine Anzeichen, wie die Sicherheit des UNHCR-Personals gewährleistet werden kann. Eine Einbeziehung des 'government agent' von Mannar scheiterte, weil die Regierung jegliche Gespräche unter Beteiligung der LTTE ablehnt.

Bezeichnenderweise beklagen inzwischen Regierungsmitarbeiter die sich verschlechternden Zustände im Lager Madhu und die Gefahr eines Ausbruchs von Krankheiten. Nur die Lebensmittelversorgung konnte mit Hilfe des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz weitgehend aufrecht erhalten werden.

Mitarbeiter des ICRC festgenommen

Ein ausländischer Mitarbeiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (ICRC) wurde am 23. Dezember am nördlichsten Armeekontrollpunkt bei Thandikulam festgenommen. Armeesoldaten hatten bei einer Fahrzeugkontrolle einen Vorrat von 450 Taschenlampenbatterien gefunden, mit denen der Mann als Begleiter eines Lebensmitteltransports seine Fahrt in den Norden fortsetzen wollte. Batterien

gehören zur umfangreichen Liste der "restricted items", da sie in den Augen der Regierung von der LTTE zum Bau von Sprengsätzen verwendet werden. Auf ihrer illegalen "Einfuhr" in den Norden stehen hohe Strafen. Der ICRC-Offizielle wurde nach eingehenden Verhören inzwischen auf freien Fuß gesetzt, ihm droht allerdings die Ausweisung.

Neue Notstandsgesetze gegenüber Nicht-Regierungsorganisationen

Am 22. Dezember gab die Regierung erweiterte Bestimmungen im Rahmen der Notstandsgesetzgebung heraus, die vor allem die in Sri Lanka arbeitenden Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) betreffen. Unter anderem wurde festgelegt, daß alle NROs, die Geld, Waren oder Dienstleistungen im Wert von mehr als 50.000 Rupien je Jahr erhalten, offiziell registriert sein müssen. Darüber hinaus sind die registrierten NROs verpflichtet, regelmäßig beglaubigte Erklärungen und Aufstellungen über ihre Einnahmen und Ausgaben vorzulegen, aus denen nicht nur die Art der gekauften oder geleisteten Ware oder Dienstleistung hervorgeht. Ausdrücklich werden die Angabe der Bezugsquellen sowie Namen, Adressen und andere Informationen über die Empfänger von Geld oder Leistungen gefordert.

Jedermann darf die Angaben der NROs einsehen. Sollten Organisationen die neu eingeführten Regeln nicht befolgen oder unrichtige Angaben machen, dann drohen Haftstrafen bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen bis zu 50.000 Rupien. Bisher gibt keine Informationen, wie der Begriff NRO in diesem Zusammenhang zu verstehen ist. Es deuten sich jedoch nur wenige Ausnahmen an (z.B. für die kooperativen Gesellschaften).

Das 'Civil Rights Movement' und die Menschenrechtsorganisation MIRJE haben in Stellungnahmen deutliche Kritik an der jüngsten Erweiterung der Notstandsgesetze geübt. Besonders die geforderte Preisgabe von Namen und Adressen der Personen, die von NROs unterstützt werden, gefährdet nach einhelliger Meinung die Arbeitsweise dieser Organisationen, in der oft aus verschiedenen Gründen Anonymität gewahrt bleiben muß. Aber auch die Tatsache, daß die neuen Regelungen nicht auf "normalem" Wege der Gesetzgebung festgelegt, sondern Teil der

Notstandsregelungen wurden, wird heftig kritisiert.

Notstandsgesetze auch für die Medien

Neben den neuen Beschränkungen für NROs wurde im Dezember eine weitere Gruppe von Notstandsregelungen zum Themen Aufruhr und Aufruf zur Aufruhr in Kraft gesetzt, die erst im Juni 1993 zurückgezogen worden war. Die Regelungen haben jetzt jedoch eine neue Qualität, da sie spezielle Strafen für das Verteilen von Handzetteln und das Anbringen von Plakaten enthalten.

Es fällt nicht schwer, diese neuen Maßnahmen mit den Bedürfnissen der Regierung in Verbindung zu bringen. Der fortgesetzte Machtkampf in den Provinzräten und die Vorausschau auf die Wahlen von 1994 sind offensichtlich die Hauptgründe. Verschiedene oppositionelle Parteien haben scharf gegen die ihrer Meinung nach weitere Einschränkung des Rechts zu freier politischer Äußerung protestiert. Auch das 'Free Media Movement' (FMM) veröffentlichte eine Stellungnahme: "Wir befürchten, daß die neuen Regelungen eingesetzt werden, um einmal mehr das Recht und die Freiheit von Journalisten zur Kritik an Regierung und Bürokratie, Korruption und Kriegsführung im Norden zu beschneiden". Ein Verstoß gegen die neuen Maßnahmen kann mit bis zu zwanzig Jahren Haft bestraft werden.

Überschwemmungen

Die durch den Krieg äußerst schwierige Situation der Bevölkerung im Norden und Osten wurde im Dezember noch zusätzlich durch eine Naturkatastrophe verschärft. Schwere Regenfälle während des gesamten Monats Dezember führten zu Überschwemmungen und schweren Schäden auf den Feldern und an Gebäuden. Zahlreiche Bewässerungsteiche (Tanks) im Nordosten und in der nördlichen Zentralprovinz konnten die Wassermassen nicht mehr halten. An der Ostküste kam es durch die Überflutung der Straßen für mehrere Tage sogar zur Unterbrechung der Verkehrsverbindungen nach Batticaloa. Man schätzt, daß über 75.000 Familien durch die Fluten obdachlos wurden, davon allein 32.000 im Batticaloa Distrikt und etwa 15.000 in Jaffna. Die Regierung hat zumindest eine Zusage über Hilfsgelder für die be-



Ein Bild aus besseren Zeiten: Mahathaya (links) und Prabhakaran (Foto: Martin Stürzinger)

troffene Bevölkerung gemacht.

Mahathaya angeklagt

Der bisher zweite Mann in der Hierarchie der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE), Gopalarajah Mahendrarajah alias Mahathaya und mit ihm etwa 100 seiner Gefolgsleute, wurden von "Sicherheitskadern" der LTTE festgenommen und verhört. Das offizielle LTTE-Organ 'Kalaththil', das in London erscheint, wirft in seiner Ausgabe vom 31.12.93 Mahathaya und seinen Gefolgsleuten "Verrat an der Nation" und Zusammenarbeit mit dem indischen Geheimdienst RAW vor. Ziel sei es gewesen, den LTTE-

Führer Prabhakaran sowie andere Top-LTTE Kader zu töten und so den tamilischen Kampf zu behindern. Wie die Zeitung mitteilte, werde dieses Vergehen mit dem Tod bestraft. Die Verschwörung sei durch die effiziente Tätigkeit des LTTE-Geheimdienstes aufgedeckt worden. Schon seit längerer Zeit kursieren Gerüchte über Streitigkeiten zwischen Mahathaya und Prabhakaran. Angeblich soll es in diesem Zusammenhang bereits 1992 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern beider Lager gegeben haben. Die wachsenden Schwierigkeiten zwischen den beiden haben auch zur Auflösung der Partei der LTTE, der

'Peoples Front of Liberation Tigers' (PFLT) durch Prabhakaran geführt. Mahathaya war bis zur Auflösung ihr Präsident. Mit Mahathaya scheint auch eine weitere LTTE-Größe 'kaltgestellt' worden zu sein: Yogaratnam Yogi, der seit einiger Zeit nicht mehr in der Öffentlichkeit auftritt. Für Yogi und Mahathaya sind offensichtlich T. Thamil Chelvam und Baby Subramaniam - der auch im Zusammenhang mit dem Mord an Rajiv Gandhi gesucht wird - nachgerückt. Die Berichte über eine mögliche Exekution von Mahathaya und seinen Gefolgsleuten Mitte Januar haben in der tamilischen LTTE-Exilbewegung tiefe Spuren hinterlassen.

Sri Lanka: Menschenrechtsseminar vom 11.-13. März

Der Krieg im Norden und Osten Sri Lankas ist mit der Berichterstattung über andere Kriegsschauplätze weitgehend in Vergessenheit geraten. Es ist auch immer schwieriger, die Situation im Land zu verstehen oder Ansätze für solidarisches Handeln zu entwickeln. Zu diesem Vernetzungstreffen laden wir MitarbeiterInnen in Gruppen ein, die zu Menschenrechten und Entwicklung in Sri Lanka tätig sind oder die hier mit tamilischen Flüchtlingen arbeiten. Wir möchten alle diejenigen ansprechen, die über gewaltfreies Handeln im Konflikt in Sri Lanka nachdenken. Anmeldungen und weitere Informationen: KURVE Wustrow, Hagen Berndt, Kirchstr. 14, 29461 Wustrow, Tel: 05843-507, FAX: 1405.